



Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 09. Juli 2014

Vorlagen-Nr. 14-F-33-0085

**Sachstand Bedarfsanalyse nach dem StGH-Urteil  
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 22.05.2014-**

Der Hessische Staatsgerichtshof hat in seinem Urteil vom 21. Mai 2013 den Kommunalen Finanzausgleich für Verfassungswidrig erklärt und den Gesetzgeber verpflichtet, die Höhe der zur kommunalen Aufgabenerfüllung erforderlichen Finanzmittel nachvollziehbar und realitätsgerecht zu ermitteln (vgl. S. 27 des Urteils).

Der Hessische Städtetag hat in seiner Urteilsanalyse vom 21. Oktober 2013 vermutet, zur Umsetzung des Urteils werde der Gesetzgeber eine Datenbank erstellen, in der sämtliche kommunale Aufgaben nach den Kriterien „übertragen“, „pflichtig“ beziehungsweise „freiwillig“ aufgelistet sind.

Die Ergebnisse dieser Bedarfsanalyse werden vermutlich noch vor der Sommerpause vorgestellt werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

- a) nach Veröffentlichung der Ergebnisse dem Ausschuss über diese zu berichten,
- b) anhand des aktuellen Doppelhaushaltes die möglichen Auswirkungen auf die Finanzierung kommunaler Aufgaben darzustellen.

---

**Beschluss Nr. 0231**

Der Antrag wird angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2014

Horschler  
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .07.2014

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .07.2014

Dezernat VI  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich  
Oberbürgermeister